

Als das Geld vom Himmel fiel

1,5 Billionen Euro haben die Zentralbanken seit der Finanzkrise erschaffen. Sie gaben sie den Banken, die damit der Wirtschaft wieder auf die Beine helfen sollten. Doch bei Autoherstellern und Maschinenbauern ist das Geld nie angekommen. Wo ist es geblieben?

von Kerstin Kohlenberg;Mark Schieritz;Wolfgang Uchatius | 14. Januar 2010 - 07:00 Uhr

© Rainer Hosch

Floss das Geld in den Rohstoffhandel? 70 Prozent hat das Geschäft des New Yorker Ölhändlers Raymond Carbone in den vergangenen zehn Monaten zugelegt

Als Herr S. am 24. Juni 2009 in sein Büro kommt, hat er eine Aufgabe mit acht Nullen. Er soll innerhalb weniger Stunden mehrere Hundert Millionen Euro auftreiben. Was die meisten Bundesbürger in Panik versetzen würde, ist für S. eine einfache Transaktion. Denn erstens arbeitet er für eine große deutsche Bank in Frankfurt. Und zweitens ist gerade Finanzkrise.

Und nichts ist in dieser Krise so leicht zu bekommen wie Geld.

S. ist ein wichtiger Mann in seiner Bank, obwohl er erst Anfang vierzig ist. Der Konzern hat weltweit mehrere Zehntausend Mitarbeiter. Nur etwa ein Dutzend Leute steht in der Hierarchie über S. Man merkt ihm die Bedeutung an. S. ist keiner dieser Banker, die es nötig haben, dauernd von irgendwelchen Deals zu sprechen. Er spricht lieber einen gemütlichen Dialekt, er kann sich das leisten. S. ist der oberste Geldeintreiber seiner Bank.

Ein Autohersteller benötigt Blech, Reifen, Türgriffe, um daraus Autos zu bauen. Eine Bank benötigt Geld, um daraus mehr Geld zu machen. Ohne S. wäre die Bank wie ein Autokonzern, dessen Bänder stillstehen.

Und weil Banken nicht gerne darüber reden, woher sie ihr Geld bekommen, darf man nicht sagen, bei welcher Bank Herr S. arbeitet.

An diesem Morgen des 24. Juni 2009 tippt S. wieder einmal seinen Nutzernamen und sein Passwort in den Computer. Dann ist er drin im elektronischen System der Europäischen Zentralbank. S. gibt den gewünschten Geldbetrag ein, mehrere Hundert Millionen Euro, und lehnt sich zurück.

Um 11.42 Uhr bekommt er die Nachricht: Das Geld ist unterwegs. Nicht nur zu S. und seiner Bank, sondern auch zu 1120 anderen großen und kleinen europäischen Banken. Sie alle machen Gebrauch vom Angebot der Europäischen Zentralbank (EZB), sich an diesem Tag unbegrenzt und fast zum Nulltarif Geld zu leihen: 442 Milliarden Euro erhalten sie. Das entspricht 80 Prozent der jährlichen Steuereinnahmen des deutschen Staates.

Das Geld ist Teil der ungewöhnlichsten Rettungsaktion der Geschichte. Kein Mensch ist wiederzubeleben, sondern ein System: der Kapitalismus.

Als nach der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 die Weltwirtschaft vor dem Zusammenbruch stand, rückten Institutionen in den Blickpunkt, deren Existenz in guten Zeiten kaum jemand bemerkt hatte: die EZB, die amerikanische Federal Reserve, die Bank von Japan – die staatlichen Zentralbanken. Wie Mediziner an einen Unfallort wurden ihre Präsidenten an das Krankenbett der Marktwirtschaft gerufen. Alle propagierten dieselbe Therapie: Man müsse dem zusammengebrochenen System neues Geld injizieren. So wie ein Notarzt elektrischen Strom in ein lebloses Herz jagt.

1,5 Billionen Euro haben die großen Zentralbanken seit Beginn der Finanzkrise den privaten Banken als Nothilfe geliehen. Jetzt, 480 Tage später, wirft das eine simple Frage auf.

Was ist mit dem Geld passiert?

Hat das Geld neue Arbeitsplätze geschaffen? Hat es ruinierte Privatanleger gerettet? Wem hat es geholfen?

Und woher haben die Zentralbanken das Geld überhaupt genommen? Haben sie es sich von den Steuerzahlern geliehen? Von ausländischen Investoren? Oder hatten sie die anderthalb Billionen im Tresor liegen?

Die Suche nach dem Geld wird in die bayerische Provinz führen, in ein afrikanisches Bergwerk, ein chinesisches Luxusrestaurant und zu einem amerikanischen Börsenhändler. Ganz am Ende wird man an einen Mann geraten, dessen Beruf es ist, Schulden zu machen – im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland.

Ganz am Anfang jedoch gilt es herauszufinden, woher das Geld stammt, das den Kapitalismus zu neuem Leben erwecken sollte. Man muss sich noch einmal an jenem 24. Juni 2009 zu Herrn S. in die Bank begeben, oder genauer: an den Ort, von dem er sich das Geld holte, an den Sitz der Europäischen Zentralbank, in den Eurotower, einen dieser typischen Frankfurter Glaskästen.

150 Meter ist er hoch, von oben sieht man die ganze Stadt und dahinter die Hügel des Taunus. Dort, wo das Geld herkommt, sieht man die Hauswand von gegenüber, sonst nichts. Ein Großraumbüro im ersten Stock. Zwischen Kinderfotos und Stofftieren sitzen zwei junge Männer und beobachten die Namen, die auf ihren Bildschirmen auftauchen: die Westdeutsche Landesbank, die Hypo Real Estate, die griechische Bank Emporiki. Es sind die Banken, die sich Geld leihen wollen.

Um kurz nach halb zehn drückt einer der beiden Männer einen Knopf, und etwa zwanzig Seiten Papier schieben sich aus dem Drucker. Das Protokoll für das Präsidium der Zentralbank. Das Dokument einer wundersamen Geldentstehung.

Die 442 Milliarden, die an diesem Tag von der Zentralbank zu den Privatbanken fließen, haben zuvor nicht der EZB gehört. Nicht dem Steuerzahler. Und auch sonst niemand. Das Geld ist gewissermaßen vom Himmel gefallen.

Die Zentralbank hat es am Vormittag dieses 24. Juni neu erschaffen. Sie braucht dafür keine ratternden Druckmaschinen mehr, es genügt, den gewünschten Betrag auf das Konto zu überweisen, das jede Bank der Eurozone bei der EZB unterhält. Zwölf Monate lang dürfen die Banken das Geld behalten. Dann müssen sie es an die Zentralbank zurückzahlen, und die Konten leeren sich wieder.

Zwölf Monate, in denen die Banken mit diesem Geld arbeiten sollen. Zwölf Monate, in denen dieses Geld den Kapitalismus reanimieren muss.

Am Nachmittag des 24. Juni beantwortet der italienische EZB-Direktor Lorenzo Bini Smaghi an der Universität Rom die Fragen von Journalisten. Einer will wissen, wie Bini Smaghi den großen Geldverleih dieses Morgens einschätze. Bini Smaghi sagt, die Banken müssten das Geld weiterreichen an die Realwirtschaft. Kredite vergeben. Davon hänge der Erfolg der Maßnahme ab.

Die Realwirtschaft: Das sind Unternehmen, die Autos produzieren, Waschmaschinen, Kleiderschränke. Dinge, die man anfassen kann. Wenn die Banken ihnen Kredite gewähren, verwandelt sich das neue Geld in neue Produkte, in Arbeitsplätze. In Wohlstand. Das Herz des Kapitalismus beginnt wieder zu schlagen. Das ist das Kalkül der Zentralbanken.

Folglich müsste das neue Geld allein in Deutschland an Tausenden Orten zu finden sein. Bei Automobilkonzernen, Softwareherstellern oder mittelständischen Maschinenbauern. Überall, wo Unternehmen neues Kapital brauchen, um Mehrwert zu schaffen, müsste man auf das Geld stoßen. Zum Beispiel bei diesen rußverschmierten Männern, die da in einer alten Fabrikhalle in Kitzingen in Unterfranken flüssiges Eisen in Gussformen kippen.

Sie tragen Helme und schwere Schuhe. Das Eisen holen sie aus Öfen, die so groß sind wie die Kessel von Dampflokomotiven und so heiß, dass die Halle auch im Winter keine Heizung braucht.

Aber Ohrstöpsel, die braucht man. Zu Hunderten liegen sie in Plexiglaskästen, die aussehen wie Kaugummiautomaten. Ein kleiner Schutz gegen das Kreischen des Metalls, das Stampfen der Pressluft, gegen all den schmerzenden Lärm, der in Wahrheit ein guter, ein gewinnbringender Lärm ist. Je mehr Lärm, desto mehr Umsatz macht die Fabrik. Denn in dem Getöse entstehen gusseiserne Schwungräder, Lenkgehäuse, Kurbelwellen, die irgendwann unter der Karosserie eines Audi A6, eines VW Passat oder einer Mercedes-M-Klasse verborgen sein werden.

Längst produzieren Volkswagen und Daimler einen Teil ihrer Autos in Ländern wie Mexiko oder China, wo die Löhne niedrig sind und die Menschen noch nicht so viele

Autos haben wie in Deutschland. Die Schwungräder und Stoßdämpfer aber holen sie per Lastwagen und Containerschiff aus der nordbayerischen Provinz. Weil es in Asien und Lateinamerika keine Fabrik gibt, die so gut arbeitet wie die Firma Franken Guss in Kitzingen.

Man könnte dieses Unternehmen also für sehr erfolgreich halten, hätte es nicht vor Kurzem noch MTK-Gießerei geheißen. Hätten hier nicht 790 Leute gearbeitet. Heute sind es bloß noch 420. Und die sind nur deswegen da, weil der Geschäftsführer die bankrotte Firma kurzerhand selbst gekauft und umbenannt hat, als die beiden Hausbanken, die HypoVereinsbank und die Commerzbank, dem Unternehmen den Kredit verweigerten, der nötig gewesen wäre, die Finanzkrise zu überstehen. Der Insolvenzverwalter sagte damals, er habe nie zuvor ein so gesundes Unternehmen pleitegehen sehen.

An Kitzingen in Unterfranken ist das Geld der Europäischen Zentralbank vorbeigeflossen.

Genau wie an Tausenden anderen deutschen Unternehmen. Das Münchner ifo Institut für Wirtschaftsforschung, der Bund der Deutschen Industrie, der Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie, sie alle haben in den vergangenen Monaten deutsche Firmen befragt. Immer gaben sie dieselbe Antwort: dass sie Schwierigkeiten haben, an Geld zu kommen, an Kredite, die sie in der Krise so dringend brauchen.

Aber irgendwo müssen die Billionen der Zentralbanken doch sein. Nur wo?

Raymond Carbone trägt eine graugrüne Trekkinghose und bequeme Schuhe. Er ist ein muskulöser Mann mit kahlem Kopf. Carbone ist 50 Jahre alt, aber noch immer fällt es ihm schwer, sich ruhig zu halten. Er erinnert an einen erfahrenen Boxer, der nicht aufhören will zu kämpfen. Sein Ring steht am unteren Rand von Manhattan, in der Nymex, der größten Warenterminbörse der Welt. Raymond Carbone ist dort Ölhändler, aber wenn er die Börse betritt, heißt er nicht mehr Raymond Carbone. Er heißt dann »Vox«. Die Stimme.

Alle Ölhändler tragen solche Kampfnamen, sie sind leichter auszusprechen als die tatsächlichen Vor- oder Nachnamen. Das spart Zeit. Und genau darum geht es Carbone: Er muss schnell sein, schneller als die 120 anderen Ölhändler. Dummerweise stehen sie alle um ihn herum.

Carbone brüllt. Er schiebt, rempelt, drückt. In der einen Hand hält er ein Telefon, durch das ihm seine Kunden ihre Aufträge ins Ohr rufen. Die andere Hand schwenkt er durch die Luft, hebt und senkt einzelne Finger, signalisiert, dass er Ölkontrakte kaufen oder verkaufen will. Für jede Summe, jeden Kaufmonat, jede Order gibt es ein Handzeichen. Carbone spricht in der Gebärdensprache der Finanzwelt.

Alle paar Minuten löst er sich aus der Masse der Gegner und läuft hinüber zu seinem Computerterminal am Rand des Börsensaals. Sechs kleine Fenster haben sich auf dem

Bildschirm geöffnet. Sechs Nachrichten von Kunden. Sechs Aufträge, Anfragen, Bitten um Information.

Hinter jedem der kleinen Fenster verbirgt sich irgendwo auf der Welt ein Investmentbanker, Hedgefonds-Manager, Finanzinvestor. Die einen in London, in Zürich oder Hongkong, die anderen gleich nebenan in New York. Und alle wollen sie Öl kaufen. Denn alle haben sie viel Geld anzulegen. Neues Geld, das vom Himmel fiel, als die Zentralbanken es den Privatbanken liehen. Altes Geld, das die Krise überlebt hat und bisher auf irgendeinem Konto lag. Dort vermehrt es sich nicht mehr, seit die Zentralbanken ihre Milliarden fast gratis verleihen und die Zinsen überall sinken. Also fließt es zu Leuten, die höhere Renditen versprechen. Zu Leuten wie Raymond Carbone.

In den vergangenen zehn Monaten sind seine Umsätze um 70 Prozent gestiegen. Genau wie die der meisten anderen Börsenhändler. Es ist ein erstaunlicher Boxkampf, der da täglich an der Warenterminbörse Nymex stattfindet. Einer, in dem es kaum Verlierer gibt.

Auf den Bildschirmen der Börsenhändler flimmern Zahlen, man sieht gezackte Linien, die nach oben oder unten führen, je nachdem ob die Preise von Öl, Gold, Blei oder Aluminium steigen oder fallen. Im Moment steigen sie alle.

Die Banken und Investmentfonds dieser Welt kaufen seit Monaten Öl, obwohl sie kein Benzin produzieren. Aber der Ölpreis ist heute fast doppelt so hoch wie vor einem Jahr. Sie kaufen Gold, obwohl sie keinen Schmuck herstellen. Aber der Goldpreis ist um 30 Prozent gestiegen. Sie kaufen sogar Zucker und gefrorenes Orangensaftkonzentrat, obwohl sie keine Limonade machen. Aber der Zuckerpreis ist um 130 Prozent gestiegen und der Preis für Orangensaftkonzentrat um 80 Prozent.

Die Banken und Investmentfonds kaufen einen Rohstoff, weil sie glauben, dass sein Preis weiter steigt und sie ihn in ein paar Monaten mit Gewinn verkaufen können. Genauso wie sie brasilianische und chinesische Immobilien kaufen und indonesische und russische Aktien. Sie kaufen all das, weil sie Geld übrig haben. Viel Geld.

1,5 Billionen Euro hatten die Zentralbanken erschaffen, in Amerika, Europa, Japan. Doch kaum ein Unternehmen hat dadurch einen neuen Bankkredit erhalten, kaum eine Firma konnte deswegen neue Arbeitsplätze schaffen, kaum ein Betrieb schaffte es, deshalb wichtige Aufträge zu erlangen. Im Gegenteil. Die Banken haben in den vergangenen Monaten weniger Kredite vergeben. Manche Finanzhäuser haben das billig geliehene Geld in Wertpapieren angelegt. Andere scheuten selbst dieses Risiko und ließen es auf ihren Konten bei der Zentralbank liegen.

So kommt es, dass sich das neue Geld nicht in neue Produkte verwandelte, wie EZB-Direktor Lorenzo Bini Smaghi hoffte. Sondern in höhere Preise.

Das Geld der Zentralbanken hat dazu geführt, dass Rohstoffe, Aktien und Immobilien teurer wurden. Es ist jenen zugutegekommen, denen die Aktien und die Häuser gehören.

Es hat die Gewinne derer erhöht, die das Öl produzieren. Das Gold. Den Zucker. Den Orangensaft.

Und das Kupfer.

Kein anderer wichtiger Rohstoff hat sich in den vergangenen zehn Monaten so sehr verteuert wie Kupfer. Um fast 150 Prozent ist der Preis gestiegen. Und mit ihm wuchsen die Gewinne der Bergbauunternehmen.

Jeden Tag um Punkt halb fünf fliegt alles in die Luft. Quarzquader, Erzbrocken, Schiefersplitter, jahrtausendlang unter Sand und Stein verborgen, werden ans Tageslicht geschleudert, rollen krachend den Felshang hinunter, wirbeln roten Staub auf. Nachmittags ist Sprengzeit in der Kansanshi-Mine in Nordwest-Sambia. Ein Schatz will geborgen werden.

Mit der Stille nach dem Knall kommen die Bagger. Am Grund eines 160 Meter tiefen, zwei Kilometer breiten Kraters wühlen sie sich durch das Geröll. Jede Sprengung gibt ihnen neues Futter, legt ein weiteres Stück jenes Erzes frei, das sich in diesem Teil Afrikas als grünes und weißes Adergeflecht nahe der Erdoberfläche durch den Kalkstein zieht: Kupfer.

Kein Computer, kein Handy, kein Kühlschrank funktioniert ohne dieses Metall. Durch kaum einen anderen Stoff fließt Strom so leicht und schnell hindurch.

Einer der Männer, die es aus der Erde holen, ist Prosper Nkausu.

Er ist ein hochgewachsener, schmaler Mann von 39 Jahren, Vater von sechs Kindern. Sie zu ernähren ist nicht einfach in einem Land wie Sambia, in dem acht von zehn Menschen mit umgerechnet weniger als zwei Dollar am Tag auskommen müssen.

Vor sechs Jahren machte er sich auf den Weg in den Westen des sogenannten Kupfergürtels, in eine damals verschlafene Kleinstadt an der Grenze zum Kongo, in der heute 500.000 Menschen leben. »Geh nach Solwezi«, hatte ihm jemand gesagt, »da bauen sie eine neue Mine.«

Prosper Nkausu hat Glück gehabt, einerseits. Seine Familie lebt in einem kleinen Haus mit Wellblechdach, nicht in einer Lehmhütte. Das Wasser kommt aus der Leitung, nicht aus einem modrigen Brunnen, und die Kinder gehen in eine ordentliche Schule. Aber es ist ein altes Glück. Eines, das sich nicht vergrößert hat in den vergangenen Monaten, als der Kupferpreis immer stärker stieg und die Mine so viel Geld einnahm wie noch nie.

Geschützt von Helm, Overall und Gummistiefeln, beugt sich Prosper Nkausu noch immer in Zwölfstundenschichten über ein riesiges Becken mit Schwefelsäure, in dem winzige Kupferpartikel schwimmen. Die Partikel lagern sich in dicken Schichten an Metallplatten ab, und Nkausu schneidet sie herunter. Noch immer atmet er den Dunst der Säure. Noch

immer bringt er seiner achtköpfigen Familie umgerechnet 14 Euro am Tag nach Hause. Noch immer züchtet er nebenbei Hühner und baut Bohnen im Garten an, um seinen Lohn aufzubessern.

Wo also ist der neue Reichtum der Mine geblieben? Wo sind die 150 Prozent?

Wenn Prosper Nkausu morgens in einem Sammeltaxi über Schotterpisten zur Mine fährt, kann er ihn manchmal sehen, den Reichtum. Er braust in Form von modernen Geländewagen an ihm vorbei. Meist sind es Amerikaner, Briten oder Kanadier, die am Steuer sitzen. Mal wollen sie zur Mine, mal sind sie auf dem Weg zum Golfklub oder auch nur nach Hause, in eine der Villen, die ein langer Zaun von der übrigen Stadt trennt. Sie sind Ingenieure und Manager des kanadischen Bergbauunternehmens First Quantum Minerals, des Eigentümers der Kansanshi-Mine.

First Quantum ist ein junges, noch nicht sehr großes Unternehmen, aber es wächst schnell in diesen Monaten. Wenn man ein Unternehmen sucht, dem das Geld der Zentralbanken zu guten Geschäften verholfen hat, so ist dies eines davon. Von Januar bis September 2009 hat sich der Aktienkurs der Firma mehr als verfünffacht. First Quantum verzeichnete einen Gewinn von umgerechnet 164 Millionen Euro.

Ein kleiner Teil des Geldes bleibt in Solwezi, wird verwandt, um bessere Straßen und Stromleitungen zu bauen, führt dazu, dass weitere Hotels, Banken und Supermärkte entstehen. Das meiste aber fließt ab, in ein Bürohaus in der kanadischen Stadt Vancouver, in der Nähe des Hafens, wo First Quantum Minerals seinen Sitz hat. Dort bleibt es, zuerst, und bewegt sich dann weiter, um die halbe Welt, verteilt sich als Dividende auf die Besitzer der 80 Millionen Aktien, die das Unternehmen ausgegeben hat. Manche dieser Aktien sind Eigentum von Privatleuten. Viele andere aber gehören Investmentfonds und Banken.

Das Geld sickert nicht nach unten. Es fließt zurück zu den Finanzhäusern, von denen es gekommen ist.

New York, 16. Oktober 2009: Die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs gibt für die Monate Juli bis September einen Gewinn von 3,2 Milliarden Dollar bekannt, viermal mehr als im Jahr zuvor.

Tokyo, 29. Oktober 2009: Das größte japanische Wertpapierhaus Nomura, das Teile der Pleitebank Lehman übernommen hatte, schreibt nach fünf verlustreichen Quartalen wieder schwarze Zahlen.

London, 11. November 2009: Die britische Großbank Barclays verkündet, ihr Gewinn habe sich im dritten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahr auf 4,4 Milliarden Pfund verdoppelt.

Frankfurt, 15. Dezember 2009: Die Deutsche Bank stellt ihren Aktionären für das Jahr 2011 einen Rekordgewinn von zehn Milliarden Euro in Aussicht. Zwei Drittel davon sollen aus dem Investmentbanking kommen.

Vier Nachrichten, die gut zu einer fünften passen, die sich zur selben Zeit verbreitete: Es gibt in den Bankentürmen wieder hohe Boni zu kassieren. Die amerikanische Investmentbank Morgan Stanley will ihre Angestellten für das Jahr 2009 mit insgesamt 11,9 Milliarden Dollar prämiieren, Goldman Sachs sogar mit 20 Milliarden. Nach Berechnungen der amerikanischen Zeitung *Wall Street Journal* zahlen allein die 23 größten amerikanischen Banken ihren Mitarbeitern in diesem Jahr Gehälter in Höhe von 95 Milliarden Dollar. Das sind zehn Milliarden Dollar mehr als im bisherigen Rekordjahr 2007 und über 20 Milliarden Dollar mehr als im Krisenjahr 2008.

Es ist wieder viel Betrieb an den abendlichen Treffpunkten der Investmentbanker in den Geschäftsvierteln dieser Welt, in den Bars und Restaurants in London, Frankfurt, New York. Oder in Hongkong. Eines der teuersten Restaurants dort ist das Wagyu in einer der alten, mondänen Straßen aus der Kolonialzeit.

Die Fensterscheiben reichen bis zum Boden, dahinter liegt ein in Brauntönen gehaltenes Terrarium der Reichen. Es ist Freitagabend, Viertel nach zehn, die Männer haben ihre Krawatten abgelegt, ihre Jacketts über die Stühle gehängt. Die blonde osteuropäische Kellnerin bringt eine Flasche Bordeaux nach der anderen, jede kostet 245 Euro. Amerikaner mit sehr weißen Zähnen trinken mit gut gelaunten Indern und smarten Chinesen. An ihren Tischen sitzen Frauen, die sich ein paar Monatsgehälter an die Ohrläppchen gehängt haben.

Vor der großen Restaurantscheibe stehen ein Porsche 4S und ein getunter schwarzer M-Klasse-Mercedes, dessen Chauffeur auf einem kleinen Monitor im Armaturenbrett laut kantonesisches Fernsehen schaut, während er auf seinen Chef wartet.

Die Banker, die hier zu Abend essen, arbeiten tagsüber in einem der gigantischen Türme wie dem World Financial Center, von wo man bei schönem Wetter bis zum chinesischen Festland sehen kann. Jetzt, zum Ausklang der Woche, gönnen sie sich ein japanisches Wagyu-Steak, eines der exklusivsten Vergnügen in Hongkong. Wagyu bedeutet »japanisches Vieh«. Den Schwarzrindern, besonders denen aus der Region um Kobe, sagt man nach, sie lieferten das beste Fleisch der Welt. Bei einer Auktion in Japan ging ein zartes Kilo davon für umgerechnet 43.000 Euro über den Tisch.

Es war in den frühen Tagen dieser Krise viel von der Gier die Rede, vom monetären Rausch mancher Bankmanager, die während ihrer Hatz nach der höchsten Rendite jeglichen Sinn für das Risiko verloren hatten. Es hieß, dass bessere Kontrollen und andere Gesetze die Finanzmärkte ernüchtern und ihnen das rationale Denken zurückgeben könnten. Nichts an dieser Analyse ist falsch, und doch übersieht sie ein tiefer liegendes

Problem, das viele Wirtschaftswissenschaftler längst für die eigentliche Ursache der Weltrezession halten.

Im Restaurant Wagyu in Hongkong tritt dieses Problem zutage. Es liegt nicht darin, dass die Banker an einem Abend mehr Geld ausgeben, als manche Menschen in ihrem Leben verdienen. Es liegt darin, dass sich dadurch ihr Konto nicht leert. Dass sie nicht mehr wissen, wohin mit den Millionen. Es liegt vor allem darin, dass es auf der Welt inzwischen sehr viele Leute gibt, denen es so geht.

Egal, ob in Amerika, Europa oder dem Fernen Osten: Überall ist in den vergangenen Jahren die Zahl derer gestiegen, die neben all ihren Immobilien und Autos ein Geldvermögen besitzen, das nicht drei, vier, fünf oder zehn Millionen beträgt, sondern dreißig Millionen, hundert Millionen oder gleich eine Milliarde.

Aus dem jährlich erscheinenden *World Wealth Report*, gemeinsam erstellt von der Unternehmensberatung Cap Gemini und der Investmentbank Merrill Lynch, geht hervor: Die Zahl der sogenannten Ultra High Net Worth Individuals hat sich zwischen 1997 und 2007 mehr als verdoppelt. Das sind Menschen, die ein Finanzvermögen von mehr als 30 Millionen Dollar haben. Der Börsencrash vom vergangenen Herbst 2008 hat ihren Wohlstand vorübergehend geschmälert. Jetzt steigt er wieder.

Die massenhafte Existenz dieses neuen ökonomischen Typs des Superreichen wäre nicht weiter schlimm, solange die Billionen ausgegeben würden, für Autos, Häuser, Schmuck, was auch immer. Dadurch würden neue Arbeitsplätze entstehen. In der Praxis aber ist nach dem zehnten Haus, dem zwanzigsten Auto meistens Schluss.

Der vermögende New Yorker Börsenhändler Raymond »Vox« Carbone zum Beispiel will demnächst teuren Wein aus Italien an sich selbst und seine Freunde liefern. Es ist eine Spielerei, mehr nicht, ansonsten besitzt er ja schon alles. Eine riesige Gitarrensammlung, ein Haus auf Long Island, eines in Sizilien, eine Wohnung in Manhattan, eine in London. Und eine Dauerkarte für seinen Lieblingsfußballklub Arsenal London. Wenn er es schafft, fliegt er zu den Spielen. Meist schafft er es nicht.

Carbones restliche Millionen liegen auf Konten, verwandeln sich in Aktien, Anleihen oder sonstige Wertpapiere und Spekulationsobjekte, sie pusten die Blasen an den Börsen weiter auf. Für dieses Geld gilt das, was Wirtschaftswissenschaftler mit einem etwas blutleeren, aber treffenden Wort beschreiben: Es wird nicht konsumwirksam.

Nun ist es aber so, dass der Kapitalismus nichts so sehr braucht wie den Konsum. Irgendjemand muss all die Autos, Kühlschränke, Flachbildschirme, Fotoapparate und Plastikpuppen, die jeden Tag auf der Welt produziert werden, kaufen. Nur wer?

Den Durchschnittsbürgern fehlt das Geld. Das Einkommen des Stahlarbeiters aus dem amerikanischen Bundesstaat Ohio, des Lehrers aus der japanischen Millionenstadt Osaka, der Verkäuferin aus Ludwigshafen am Rhein steigt seit Jahren kaum noch. Ein

Trend, der nach Angaben der Industrieländerorganisation OECD für fast alle hoch entwickelten Volkswirtschaften gilt. Auch das ist ein Grund, weshalb die MTK-Gießerei im unterfränkischen Kitzingen keinen Kredit mehr bekam. Die Autokonzerne werden ihre Autos nicht mehr los.

In Amerika schien man das Problem elegant gelöst zu haben, indem man nicht nur Schlossern und Lehrern, sondern auch noch Putzfrauen und Erntehelfern hohe Kredite gab. Weil sie nicht genug Geld verdienen, liehen sie sich welches, um sich Autos und Häuser zu kaufen. Bis klar wurde, dass sie ihre Kredite nie würden zurückzahlen können. Bis die Blase platzte und die große Krise begann.

Seitdem ist da plötzlich überall auf der Welt jemand, der viel Geld ausgeben muss, um Autos zu finanzieren, Bauunternehmen zu Aufträgen zu verhelfen, den Mittelstand zu unterstützen, kurz: den Konsum und damit den Kapitalismus zu stärken. Es ist der Staat.

Die Konjunkturprogramme der amerikanischen, der deutschen, der englischen, der japanischen Regierung haben Unternehmen saniert, Jobs gerettet und wahrscheinlich die Weltwirtschaft vor dem Zusammenbruch bewahrt. Aber sie haben auch dazu geführt, dass dem Staat nun an anderer Stelle das Geld fehlt.

Neben der weltweiten Kluft zwischen Oben und Unten hat sich ein weiterer Spalt aufgetan: zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut.

Es gibt in Deutschland viele Orte, an denen man die Vorzeichen dieser neuen Armut besichtigen kann. Die Schwimmbäder der Stadt Bochum zum Beispiel, in denen das Wasser jetzt ein Grad kühler ist als früher. Oder eine Berufsschule in Kiel, wo der Hausmeister die Fenster zugenagelt hat, damit sie nicht aus dem Rahmen fallen. Oder das Theater in Wuppertal, in dem demnächst die Türen zugenagelt werden, weil die Stadt es wohl schließen muss.

Nichts davon wäre anders, hätten die Zentralbanken darauf verzichtet, den Privatbanken billiges Geld zu leihen. Im Gegenteil, viele Finanzhäuser wären zusammengebrochen und hätten Konzerne und Kleinbetriebe mit sich gerissen. Und doch hat es etwas Ernüchterndes, zu sehen, dass der Großteil des Zentralbankgeldes in den Händen der Banker und Finanzmanager verblieben ist. Dass es sich kaum in neue Produkte, Löhne, Arbeitsplätze und Steuergelder verwandelt hat.

Am bedrückendsten ist wohl eine nackte Zahl. Grellrot leuchtet sie vom Eingang des Hauses Französische Straße Nr. 9 in Berlin herunter, wo der Bund der Steuerzahler seinen Sitz hat. Die Zahl beträgt 1,6594 Billionen, ungefähr jedenfalls. Genau kann man es nicht sagen, weil sie ständig steigt. Von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat.

1,6594 Billionen Euro, das sind die Schulden der Bundesrepublik Deutschland Anfang des Jahres 2010. 1,6594 Billionen Euro, das bedeutet: viel Arbeit für Carl-Heinz Daube.

Daube, groß, hager, knapp 50 Jahre alt, hat einen ähnlichen Beruf wie jener Herr S., der für eine große deutsche Bank arbeitet und ganz am Anfang dieser Geschichte stand. Auch Daube ist ein Geldbeschaffer. Nur dass es der deutsche Staat ist, für den er die Milliarden auftreiben soll.

Die Firma, die Daube leitet, heißt Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur. Sie hat 330 Mitarbeiter. Sie gehört dem deutschen Staat und hat nur eine Aufgabe: im Auftrag Deutschlands Kredit aufzunehmen.

An den Wänden hängen Schatzbriefe aus Zeiten, in denen man noch in Tausenden rechnete. Eine »Schuldverschreibung der Stadt Duisburg über Eintausend Mark« ist dabei. Sie stammt aus dem Jahr 1921.

Heute geht es um Milliarden. Das Prinzip aber ist dasselbe geblieben. Der deutsche Staat besorgt sich Geld, indem er eine sogenannte Staatsanleihe verkauft, ein Papier, auf dem steht, wann er das Geld zurückerstattet und wie viele Zinsen er dafür zahlt. Wenn viele Banken, viele Investoren diese Papiere haben wollen, hat Carl-Heinz Daube gute Arbeit geleistet.

So wie am 11. November 2009. Da stehen die wichtigsten Mitarbeiter der Finanzagentur im Handelsraum und schauen auf die Computerschirme. Der Bund legt neue Papiere auf, er braucht mal wieder Geld. Sechs Milliarden Euro will sich der Staat allein an diesem Tag leihen.

Man kann in diesem Moment nicht beobachten, wer all die Staatsschulden bezahlen muss, in zehn Jahren, wenn die Papiere fällig werden. Die Alten? Die Jungen? Die Armen? Die Reichen? Niemand weiß das. Aber man kann an diesem 11. November beobachten, wer an den Schulden verdienen wird. Es sind die Käufer der Anleihen.

Ihre Namen erscheinen auf den Bildschirmen in der Finanzagentur, so wie damals am 24. Juni 2009 im ersten Stock des Eurotowers, als es für die Banken darum ging, sich Geld von der EZB zu leihen. Es sind fast dieselben Namen: Die Deutsche Bank ist dabei, die Commerzbank, die HypoVereinsbank, Goldman Sachs, JP Morgan.

1,5 Billionen Euro haben sich die Privatbanken in den vergangenen Monaten geliehen, von der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, von der Federal Reserve in New York, von der Bank von Japan in Tokyo. Mit einem Teil dieses Geldes kaufen sie nun die Anleihen der Bundesrepublik. Das Geld finanziert die Abwrackprämie, die Kurzarbeit, die Rettung der Wirtschaft. Es hält den Kapitalismus am Leben.

Jedes Jahr wird der Staat dafür zahlen müssen. Jeden Tag, jede Woche, jeden Monat werden Zinsen fällig. Dann machen die Banken ein gutes Geschäft.

Sie sind es, die die Zinsen kassieren. Allein an den Papieren, die Carl-Heinz Daube an jenem 11. November ausgibt, verdienen sie fast zwei Milliarden Euro.

Am Ende gewinnt immer die Bank.

Mitarbeit: **Kristina Maroldt** und **Frank Sieren**

COPYRIGHT DIE ZEIT, 14.01.2010 Nr. 03

ADRESSE <http://www.zeit.de/2010/03/DOS-Wo-das-Geld-geblieben-ist>